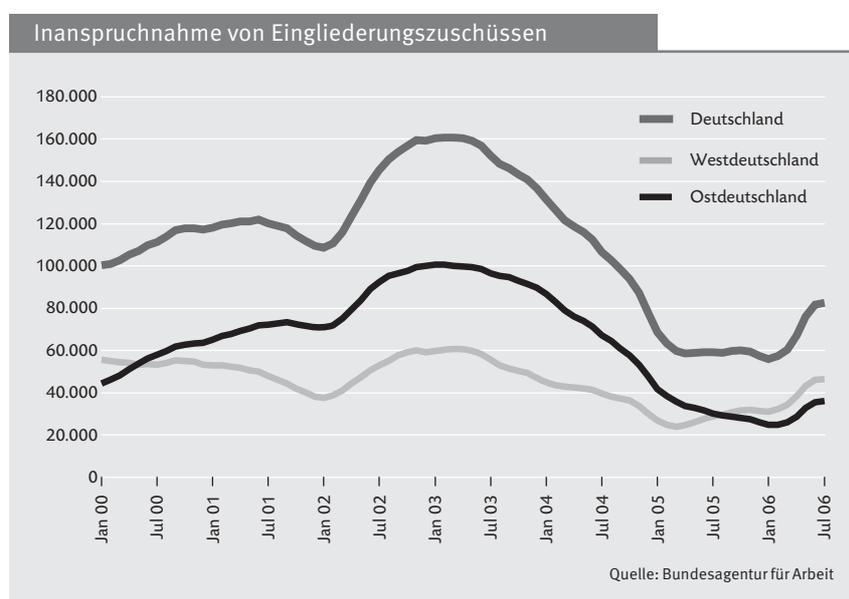


mit Schwerpunkt Innovationen

## Eingliederungszuschüsse für ältere Arbeitslose verpuffen



Nur wenige ältere Arbeitslose kommen durch Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit schneller wieder in Beschäftigung. Zwar lässt sich für Frauen in Ostdeutschland ein positiver Effekt statistisch belegen. In allen anderen Gruppen führt die Subventionierung aber lediglich zu Mitnahmeeffekten seitens der Unternehmen. Das zeigt eine aktuelle Studie des ZEW zur Beschäftigungswirkung der Eingliederungszuschüsse für Ältere.

Ziel der Eingliederungszuschüsse ist es, Vermittlungshemmnisse zu überwinden, die in den Eigenschaften des Arbeitslosen liegen. Die Eingliederungszuschüsse werden als monatliche Zuschüsse zum Arbeitsentgelt an den Arbeitgeber gezahlt, um ihm einen

Anreiz zur Einstellung Arbeitsloser zu geben. Die Beschäftigung kann normalerweise über einen Zeitraum von zwölf Monaten gefördert werden, wobei der Umfang der finanziellen Förderung von den lokalen Arbeitsagenturen bestimmt wird und bis zu 50 Prozent des Arbeitsentgelts betragen kann.

Eingliederungszuschüsse sind eines der wichtigsten und teuersten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nach einem Höhepunkt der Inanspruchnahme im Jahr 2003 sank im Zuge der allgemeinen Einsparungen die Nutzung in den vergangenen Jahren (siehe Grafik). Insbesondere ältere Arbeitslose profitieren traditionell von diesem Instrument. Im Rahmen der „Initiative 50 plus“ der Bundesregierung wird aktuell wieder eine Ausweitung der Fördermög-

lichkeiten von älteren Arbeitslosen über Eingliederungszuschüsse diskutiert.

Die Bundesregierung hat die gesetzlichen Förderbedingungen für ältere Arbeitslose in den vergangenen Jahren mehrfach geändert. So wurde im Jahr 2002 der Kreis der Arbeitslosen erweitert, die durch den besonderen Eingliederungszuschuss für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahre gefördert wurden. Im Jahr 2004 wurde der Eingliederungszuschuss für ältere Arbeitnehmer durch das Hartz-III-Gesetz so neu gestaltet, dass die Förderbedingungen Älterer vergleichbar mit denen jüngerer Arbeitsloser sind.

Das ZEW hat nun ermittelt, wie diese Änderungen auf die Beschäftigungschancen der betroffenen Arbeitslosen gewirkt haben. Alle Ergebnisse wurden durch einen Vergleich der Entwicklung des Wiedereintritts in Beschäftigung älterer Arbeitsloser im Alter von 50 Jahren mit einer Vergleichsgruppe leicht jüngerer Arbeitsloser im Alter von 49 Jahren

### IN DIESER AUSGABE

Eingliederungszuschüsse für ältere Arbeitslose verpuffen .....	1
Dienstleister der Informationsgesellschaft bilden häufiger aus .....	2
Portfoliotransaktionen auf dem Immobilienmarkt in Europa .....	3
Abitur „lohnt“ sich vor allem für Schüler aus bildungsfernen Familien .....	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand .....	5
ZEW intern, Termine, Neuerscheinungen ..	6
Daten und Fakten .....	7
Standpunkt .....	8

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

vor und nach den auf Seite 1 skizzierten Änderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik ermittelt. Als Stichprobe dienten sämtliche Personen, die im betrachteten Zeitraum arbeitslos wurden. Datenbasis war die Integrierte Erwerbsbiographie (IEB), in der die Arbeitsmarkthistorie sämtlicher Beschäftigten und Arbeitslosen nachvollzogen werden kann.

Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-001) zeigt, dass die Ausweitung der Fördermöglichkeiten im Jahr 2002 bei den meisten neu begünstigten älteren Arbeitslosen nicht zu einer höheren Zahl von Übergängen in Beschäftigung geführt hat. Umgekehrt hat die Angleichung der Förderbedingungen im Jahr

2004 nicht dazu geführt, dass sich die Chancen älterer Arbeitsloser relativ zu denen jüngerer verschlechtert haben, die nun auch Subventionen in Anspruch nehmen können. Die Studie zeigt weiter, dass nach der Einführung der Eingliederungszuschüsse die unsubventionierte Beschäftigung der geförderten Bevölkerungsgruppe sank und nach deren Abschaffung spiegelbildlich wieder stieg. Der gesamte Beschäftigungseffekt war im Durchschnitt jeweils nicht signifikant von Null verschieden. Die Unternehmen hatten also zuvor Subventionen für Einstellungen erhalten, die sie auch ohne finanzielle Förderung der Arbeitsagentur vorgenommen hät-

ten. Ein Großteil der Subventionen verpuffte daher und es kam hauptsächlich zu Mitnahmeeffekten.

Lediglich bei Frauen im Alter von 50 Jahren in Ostdeutschland ergibt sich ein anderes Bild. Sie haben von der Ausweitung der Fördermöglichkeiten im Jahr 2002 profitiert. Umgekehrt verschlechterten sich ihre Beschäftigungschancen infolge des Hartz-III-Gesetzes: Die Wahrscheinlichkeit, innerhalb von sechs Monaten eine Anstellung zu finden, verringerte sich für sie um zwei Prozentpunkte.

*PD Dr. Bernhard Boockmann,  
boockmann@zew.de*

*PD Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de*

## Dienstleister der Informationsgesellschaft bilden häufiger aus

*Die Ausbildungsintensität ist bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft hoch: Knapp vier Fünftel aller Unternehmen des Wirtschaftszweigs bilden in einem oder mehreren Ausbildungsberufen aus. Am stärksten engagieren sich mit etwa 90 Prozent der Unternehmen die Telekommunikationsdienstleister in der Ausbildung, während bei den Architekten und Unternehmensberatern lediglich jeweils knapp zwei Drittel der Unternehmen ausbilden. Dies ist Ergebnis einer Umfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2006 durchgeführt hat.*

An der vierteljährlichen Umfrage beteiligen sich jeweils rund 800 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-

Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

### Ausbildung in IT-Berufen

Eine Ausbildung in einem oder mehreren IT-Ausbildungsberufen bietet knapp die Hälfte der Unternehmen des Wirtschaftszweigs an. Die Telekommunikationsdienstleister und die Unternehmen der Branche EDV-Dienste und -Vermietung bieten erwartungsgemäß besonders häufig IT-Ausbildungen an. So bilden mehr als vier Fünftel der Telekommunikationsdienstleister und knapp vier Fünftel der EDV-Dienstleister und -Vermieter in IT-Berufen aus.

Etwa ein Fünftel der Dienstleister der Informationsgesellschaft rechnet in den kommenden drei Jahren mit einer steigenden Anzahl von Auszubildenden,

wobei vor allem die Unternehmen in der Forschung und Entwicklung und die Unternehmensberater eine positive Entwicklung erwarten. Von den Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die im Jahr 2006 keine Auszubildenden eingestellt haben, gibt knapp die Hälfte keinen Bedarf als Grund an. Etwa ein Zehntel der Unternehmen ohne Auszubildende hatte zwar Ausbildungsbedarf, jedoch Schwierigkeiten, geeignete Bewerber zu finden. Dies trifft vor allem auf die Unternehmen der Branchen Steuerberatung sowie Forschung und Entwicklung zu.

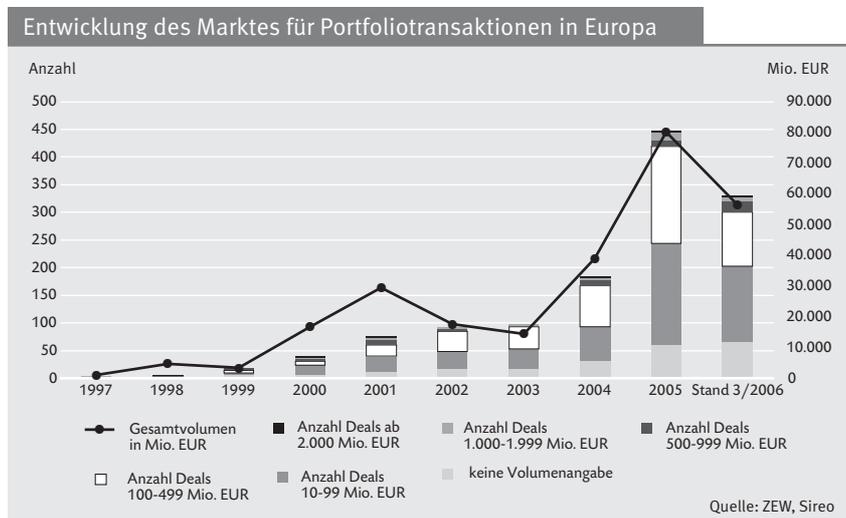
Ein weiteres Zehntel der Unternehmen des Wirtschaftszweigs, die im Jahr 2006 keine Auszubildenden eingestellt haben, hatte zwar Ausbildungsbedarf, jedoch war den Unternehmen der Ausbildungsaufwand zu groß. Für knapp die Hälfte der Telekommunikationsdienstleister und mehr als ein Drittel der Steuerberater war dies der Grund dafür, im Jahr 2006 keine Auszubildenden einzustellen.

*Jenny Meyer, meyer@zew.de*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Portfoliotransaktionen auf dem Immobilienmarkt in Europa

In Europa sind in den vergangenen Jahren die Käufe und Verkäufe von Immobilienportfolios stark gestiegen. Aufgrund nach wie vor günstiger Rahmenbedingungen wird sich der Immobilieninvestmentmarkt in den kommenden Jahren vermutlich auf hohem Niveau stabilisieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Sireo Research 2007 – Portfoliotransaktionen in Europa“, die das ZEW in Zusammenarbeit mit Sireo Research erstellt hat.



Ende der 1990er Jahre wurden vor allem in Deutschland und Großbritannien die ersten großen Portfoliotransaktionen durchgeführt. In diesen Ländern wurden auch bis heute die meisten Transaktionen und die höchsten gehandelten Volumina registriert; es folgen Schweden und Frankreich. Im Jahr 2005 stiegen Anzahl und Volumina der Deals rasant. Auch für das Gesamtjahr 2006 lassen die Ergebnisse der ersten drei Quartale ein hohes Transaktionsvolumen erwarten, das voraussichtlich das Vorjahresergebnis überschreiten wird.

Über den gesamten Zeitraum hinweg traten auf der Verkäuferseite vorwiegend Unternehmen auf, deren Schwerpunkt nicht im Immobiliengeschäft liegt (Non-Property-Gesellschaften). Die Öffentliche Hand spielte vor allem in Deutschland eine wichtige Rolle. Auf der Käuferseite nimmt der Anteil kurzfristig orientierter Anleger am gesamten Transaktionsvolumen im Zeitverlauf all-

mählich ab, während verstärkt Cash-flow-orientierte, langfristig agierende Investoren in die Märkte eintreten. Insgesamt weist die Käuferseite, die sich überwiegend aus dem Ausland rekrutiert, eine über den Betrachtungszeitraum zunehmende Diversifizierung der Investorentypen auf.

## Stärkere Kapitalmarktorientierung bei Finanzierung und Exit

Als Antriebskräfte der Portfoliotransaktionen lassen sich spezifische Motive und Einflussfaktoren hervorheben. Der Verkauf von Immobilien dient Non-Property-Unternehmen zur Stärkung des Kerngeschäfts; die öffentliche Hand ist vor allem bestrebt, ihre Schulden zu verringern. Die großen Volumina von Portfolios erfordern neue, kapitalmarkt-basierte Formen der Finanzierung. Nicht nur das Eigenkapital wird zunehmend über die Ausgabe von Anteilsscheinen

eingeworben. Auch Kreditportfolios werden am Kapitalmarkt platziert oder Risiken mittels Kreditderivaten veräußert. Eine wachsende Kapitalmarktorientierung zeigt sich ebenso bei den Exit-Strategien der Käufer großer Portfolios. Als Exit tritt neben den direkten Verkauf von Einzelobjekten oder Paketen zunehmend die Strukturierung kapitalmarktfähiger Produkte (Fonds, REITs).

## Finanzmarkttest-Sonderfrage

Im Oktober 2006 wurden für die gemeinsame Studie im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests insgesamt 221 Finanzexperten zur Kapitalmarktfähigkeit von Immobilienportfolios befragt. Im Kern steht die Frage nach den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Platzierung am Kapitalmarkt. 31 Prozent der Experten halten stabile laufende Erträge aus den Mieteinnahmen für „ausschlaggebend“, weitere 50 Prozent für „sehr wichtig“. Eine große Bedeutung kommt auch der Struktur des Portfolios zu, vor allem der Diversifikation nach Anzahl der Objekte. Daraus kann erneut die Anforderung abgeleitet werden, dass das Paket bzw. die einzelnen Objekte unter Vermeidung von Risiken dauerhaft stabile Erträge erwirtschaften. 91 Prozent der Befragten gehen weiterhin von einer hohen Verkaufsneigung der Öffentlichen Hand aus.

Die wesentlich labilere Komponente ist die Käuferseite. Während auch hier Struktur-faktoren wie die Etablierung der Immobilie als eigenständige Assetklasse für eine Verstetigung des hohen Investmentvolumens sprechen, könnte ein weiterer Anstieg der Zinsen für Rückschläge sorgen.

Die Studie kann im Internet bestellt werden unter: [www.sireo.com/german/research/studien.html](http://www.sireo.com/german/research/studien.html)

Dr. Peter Westerheide, [westerheide@zew.de](mailto:westerheide@zew.de)  
Gunnar Lang, [lang@zew.de](mailto:lang@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Abitur „lohnt“ sich besonders für Schüler aus bildungsfernen Familien

Das Abitur zu machen, lohnt sich auch für Schülerinnen und Schüler aus eher bildungsfernen Elternhäusern. Ihr Lohn liegt im späteren Berufsleben deutlich über dem Verdienst vergleichbarer Personen aus bildungsfernen Elternhäusern, die kein Abitur gemacht haben. Schülerinnen und Schüler, die aus einem Elternhaus kommen, in dem ein oder gar beide Elternteile einen höheren Bildungsabschluss haben, scheinen im späteren Berufsleben hinsichtlich des Lohns dagegen weniger vom Abitur zu profitieren. Ein Vergleich mit Arbeitnehmern ohne Abitur aus ähnlichen Elternhäusern zeigt, dass es bei der Entlohnung zwischen diesen beiden Gruppen nur geringe Unterschiede gibt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des ZEW.

Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-088) untersucht den Einfluss des Abiturs auf die Lohnverteilung von Arbeitnehmern in den Jahren 1984 bis 2004. In diesem Zeitraum strömten die Schülerinnen und Schüler, die am massiven Ausbau der Gymnasien in den 1960er und 1970er Jahren partizipierten, auf den Arbeitsmarkt. Auf den ersten Blick hat sich der höhere Bildungsabschluss für sie gelohnt: Während die Beschäftigten mit Abitur im Durchschnitt 16,7 Jahre in Ausbildung waren und im Jahr 2004 einen Stundenlohn von 18,7 Euro hatten, befand sich die Gruppe der Beschäftigten ohne Abitur im Durchschnitt 11,5 Jahre in Ausbildung und erhielt einen Stundenlohn von 15,1 Euro. Der Stundenlohn, der aus ökonomischer Sicht als Indikator der Arbeitsproduktivität gelten kann, liegt somit im Durchschnitt für die Beschäftigten mit Abitur um 24 Prozent über dem Lohn der Beschäftigten ohne Abitur (siehe Grafik).

In der ZEW-Studie wird die Wirkung eines Abiturschlusses für unterschiedliche Quantile der Lohnverteilung bestimmt. Mit ökonometrischen Methoden werden zu diesem Zweck die geschätzten Löhne für Abiturienten mit denen für Nichtabiturienten verglichen. Dabei wird zugelassen, dass die Effekte des Abiturs auf den Lohn für jedes Individuum unterschiedlich ausfallen können und dass die erwarteten Unterschiede der Effekte den Individuen zumindest teilweise bekannt waren und

dass dies ihre Entscheidung beeinflusst hat, das Abitur anzustreben.

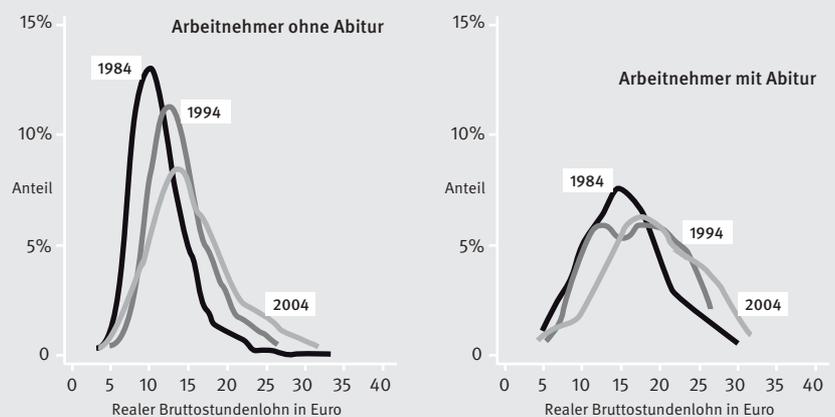
## Familiärer Hintergrund wichtig

Manche Abiturienten scheinen indessen beim Lohn deutlich stärker von ihrem Bildungsabschluss zu profitieren

dass die Lohnverteilung der Beschäftigten, die ein Abitur haben, sich nicht signifikant von der hypothetischen Lohnverteilung für den Fall unterscheidet, dass sie kein Abitur hätten. Dieses Untersuchungsergebnis deutet darauf hin, dass die Gruppe der Arbeitnehmer mit Abitur anscheinend auch ohne bereits über eine höhere Arbeitsproduktivität und damit ein höheres Lohnpotenzial verfügten. Das wiederum deutet auf die zentrale Rolle des Elternhauses für die Entwicklung der Fähigkeiten der Kinder hin.

Im Vergleich dazu hätte das Abitur bei einer zufällig ausgewählten Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die in größerem Umfang also auch aus eher

Verteilung der realen Bruttostundenlöhne in (West-)Deutschland



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1984-2004, Stichprobe westdeutscher Arbeitnehmer im Alter zwischen 16 und 65; ZEW-Berechnungen, ZEW Discussion Paper No. 06-088.

als andere. Eine empirisch wichtige Ursache dafür ist der unterschiedliche familiäre Hintergrund. So zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind das Abitur macht, umso größer ist, je höher der Bildungsabschluss der Eltern ist. Die Arbeitnehmer mit Abitur, die im Untersuchungszeitraum von 1984 bis 2004 in der ZEW-Studie betrachtet wurden, kommen also zum überwiegenden Teil aus bildungsnahen Elternhäusern. Überraschend ist nun,

bildungsfernen Elternhäusern kommen, eine deutliche Rechtsverschiebung der gesamten Lohnverteilung zur Folge gehabt. Zukünftige Forschungen sollten sich verstärkt der Frage widmen, wie Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern unterstützt werden können, um den Weg ins Gymnasium zu finden und um ihre Fähigkeiten besser als bisher zu entwickeln.

Michael Maier, maier@zew.de  
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

# Die Gesundheitsreform

Im Rahmen der Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand konnte ZEW-Präsident Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, als Referentin am ZEW begrüßen. Schmidt sprach zum Thema „Die Gesundheitsreform“. Der Einladung des ZEW waren rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Unternehmen, Politik und Gesellschaft gefolgt.

Das Ziel der Gesundheitsreform, die am 1. April 2007 in Kraft treten werde, sei es, das deutsche Gesundheitswesen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, erklärte Ulla Schmidt. Den Kritikern der Reform hielt sie entgegen, dass ein Gesetz auch politisch durchsetzbar sein müsse, also eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat benötige. Zugleich müssten gerade im Gesundheitswesen völlig unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden: die der Patienten, der Ärzte, der Pharmaunternehmen und der Kommunen. Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Interessen sei die jetzt verabschiedete Reform durchaus eine Leistung, die sich sehen lassen könne.

Die Ministerin sagte, dass Deutschland es sich nicht leisten könne, das Gesundheitswesen nicht zu reformieren. Aufgrund der sinkenden Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten klafften die Einnahmen und die Ausgaben im Gesundheitswesen immer stärker auseinander. Durch die Belebung am Arbeitsmarkt und die sinkenden Arbeitslosenzahlen habe sich die Situation auf der Einnahmenseite zwar leicht gebessert, aber an Reformen führe kein Weg vorbei.

Mehrere wesentliche Verbesserungen werden laut Schmidt im Rahmen der Gesundheitsreform eingeführt. So sei es gelungen, die Pflicht zur Krankenversicherung für alle ab dem 1. Januar 2009 durchzusetzen. Schwere Krankheiten seien selbst für Leute mit größerem Vermögen kaum allein zu fi-

nanzieren, geschweige denn von den vielen jungen Leuten, die erst noch den Einstieg in den Beruf finden müssten.

Mit Blick auf die privaten Krankenversicherungen sagte Schmidt, dass diese für diejenigen aufkommen müssten, für die sie zuständig seien, nämlich für die Beamten und Selbstständi-

sequent nach allem zu durchforsten, was nicht für die Versorgung Kranker ausgegeben werde. Fusionen zwischen Krankenkassen, auch über Ländergrenzen hinweg, müssten erleichtert werden. Auch müsse entbürokratisiert werden, damit sich die Ärzte wieder stärker auf die Behandlung ihrer Patienten kon-



Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit, bei ihrem Vortrag am ZEW.

gen. Daher müssten sie ebenfalls ab 2009 einen Basistarif ohne Risikoprüfung anbieten. Schmidt strebt mehr Wettbewerb bei den privaten Krankenkassen an. Daher müsse der Wechsel zwischen privaten Krankenkassen erleichtert werden, insbesondere müssten auch die Altersrückstellungen mitgenommen werden können.

## Prävention aufwerten

Schmidt hält aufgrund der demografischen Entwicklung hin zu immer mehr älteren Menschen ein konsequentes Umdenken in Richtung Prävention und Rehabilitation für notwendig. Es müsse alles dafür getan werden, dass die Entstehung und Chronifizierung von Krankheiten hinausgeschoben werde. Auch in die bessere Versorgung Sterbender und Schwerstkranker solle investiert werden, beispielsweise durch einen Ausbau der Palliativmedizin.

Schmidt hält es auch für notwendig, die Ausgaben der Krankenkassen kon-

zentrieren könnten. Unter anderem sollten Abrechnungsverfahren vereinfacht und überflüssige Kontrollen abgebaut werden.

## Gesundheitsfonds

Schmidt verteidigte in ihrer Rede den Gesundheitsfonds. Die öffentliche Meinung sei, dass der Fonds ein bürokratisches Monster sei. Er solle aber über einen für alle Versicherten gleichen Beitragssatz dazu beitragen, das Gesundheitswesen gerechter zu finanzieren. So solle mehr Geld dahin geleitet werden, wo es mehr Kranke gebe, und so die unterschiedliche Finanzkraft der Krankenkassen ausgeglichen werden. Komme eine Krankenkasse künftig mit den ihr aus dem Gesundheitsfonds zugewiesenen Geldern nicht aus, könne sie einen Zusatzbeitrag erheben. Die Versicherten könnten dann entscheiden, ob sie bei dieser Krankenkasse blieben oder zu einer anderen wechselten.

Katrin Voß, voss@zew.de

## ZEW INTERN

**Professor Jürgen Strube nach langjähriger Tätigkeit aus ZEW-Aufsichtsrat ausgeschieden**

Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube ist am 21. Februar 2007 nach langjähriger Mitgliedschaft aus dem Aufsichtsrat des ZEW ausgeschieden. Er hatte die Arbeit des Forschungsinstituts seit dessen Gründung begleitet.

Zunächst war er von Mai 1993 bis Januar 2000 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates am ZEW, der die Forschungsarbeit des Instituts kontinuierlich begleitet und durch seine konstruktiven Anregungen bereichert. Ab

Juli 1997 war Professor Strube Mitglied des ZEW-Aufsichtsrates und von Februar 1999 bis heute dessen stellvertretender Vorsitzender. In diesen Jahren hat er mit seinem Engagement und Weitblick maßgeblich zur strategischen Weiterentwicklung des ZEW beigetragen.

Professor Strube hat aber nicht nur als Mitglied in den Gremien des ZEW die Arbeit des Forschungsinstituts unterstützt, sondern auch bei Veranstaltungen des ZEW aktiv mitgewirkt. Er referierte beispielsweise auf der Festveranstaltung „10 Jahre ZEW“ im Februar 2001 zum Thema „Wirtschaftliche Integration Europas – Herausforderungen, Chancen, Risiken“ und beteiligte sich am ZEW Wirtschaftsforum 2005 mit einem Vortrag zum Thema „Wettbewerb der Standorte in Europa“.



von links: Thomas Kohl, Kfm. Direktor des ZEW, Gerhard Strathaus MdL, Finanzminister Baden-Württemberg, Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube und ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

## TERMIN

**Mannheimer Unternehmenssteuertag am 21. Juni 2007**

Das ZEW führt in Kooperation mit der Universität Mannheim am 21. Juni 2007 erstmalig den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ durch. In diesem Jahr stehen die Unternehmenssteuerreform 2008 in Deutschland sowie Umstrukturierungen und Unternehmensübertragungen im Vordergrund.

Der „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ richtet sich an Finanzvorstände und Leiter von Steuerabteilungen, aber auch an Finanz- und Steuerfachleute großer und mittlerer Unternehmen sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Die Veranstaltung beinhaltet sowohl Vorträge als auch Workshops mit der Möglichkeiten zu ausführlichen Diskussionen. Hierdurch erhalten die Teilnehmer fundierte Ratschläge und Gestaltungsmöglichkeiten für die betriebliche Steuerplanung und -gestaltung.

Information: Karin Schönfelder, Telefon 0621/1235-243,  
E-Mail [schoenfelder@zew.de](mailto:schoenfelder@zew.de)

## EXPERTENSEMINARE

- 17.4.2007 Unternehmensbewertung: Methoden und Anwendung
- 19./20.4.2007 Mitarbeitereinsatz im Ausland –  
Arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtliche Chancen,  
Risiken und Gefahren
- 23.-25.4.2007 Simulation Methods in Dynamic Macroeconomics
- 24.4.2007 Zugang zu Rechtsakten und Dokumenten der EU:  
EU-Materialien finden und verstehen
- 26./27.4.2007 Führen ohne hierarchische Macht – Laterale Führung

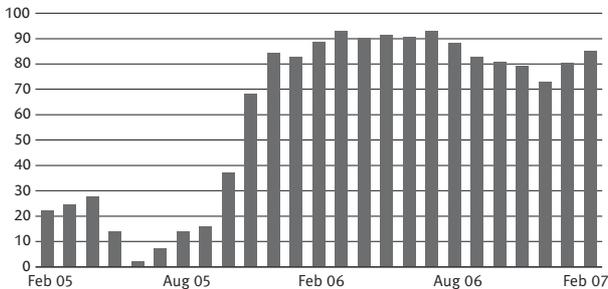
ZEW-Expertenseminare im Internet: [www.zew.de/Weiterbildung](http://www.zew.de/Weiterbildung)  
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 07-001, Bernhard Boockmann, Thomas Zwick, Andreas Ammermüller, Michael Maier: Do Hiring Subsidies Reduce Unemployment Among the Elderly?
- No. 07-002, Hermann Genz, Alexander Spermann: Das Mannheimer Grundsicherungsmodell – der Weg zu einer effizienteren und gerechteren Grundsicherung ohne Absenkung des Arbeitslosengeld II-Niveaus.
- No. 07-003, Diana Heger, Tereza Tykova: You Can't Make an Omelette without Breaking Eggs: The Impact of Venture Capitalists on Executive Turnover.
- No. 07-004, Andreas Ammermüller: Violence in European Schools: Victimization and Consequences.
- No. 07-005, Horst Entorf, Jochen Moebert, Katja Sonderhof: The Foreign Exchange Rate Exposure of Nations.
- No. 07-006, Sebastian Hauptmeier: Intergovernmental Grants and Public Input Provision: Theory and Evidence from Germany.
- No. 07-007, Bernd Fitzenberger, Ralf Wilke: New Insights on Unemployment Duration and Post Unemployment Earnings in Germany: Censored Box-Cox Quantile Regression at Work.

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2007**

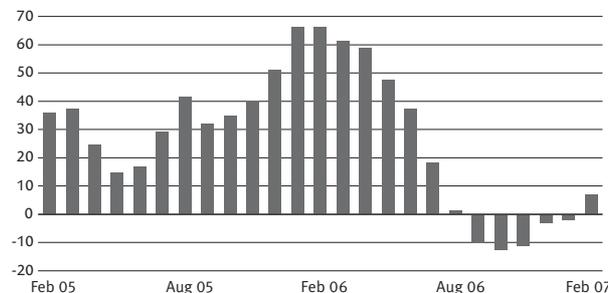


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

**EZB signalisiert Zinserhöhung**

Die EZB verwendete in ihrer jüngsten Erklärung der zinspolitischen Entscheidung die Signalwörter der „starken Wachstumsamkeit“ in Bezug auf Preisrisiken. Diese Begriffe signalisieren üblicherweise, dass die Leitzinsen in der Folgesitzung, also im März 2007, erhöht werden. Für eine Zinserhöhung sprechen die wirtschaftliche und die monetäre Analyse. Weitere Risiken für die Preisstabilität sieht die EZB in übermäßigen Lohnabschlüssen oder steigenden Ölpreisen. Daher steigt der entsprechende Indikator um 4,8 auf 85,2 Punkte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



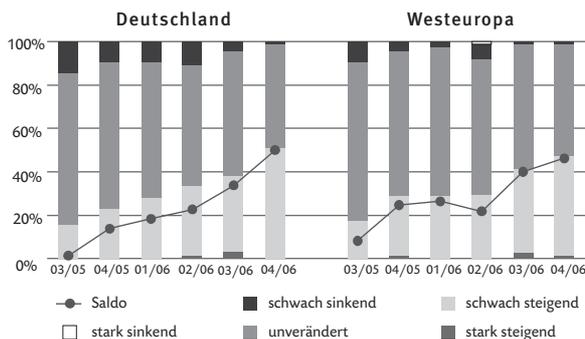
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

**Euroraum: Erholungskurs setzt sich fort**

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum steigen im Februar 2007 zum vierten Mal in Folge und liegen mit 6,8 Punkten wieder im positiven Bereich. Wirtschaftliche Eckdaten deuten darauf hin, dass der Aufschwung auf solidem Fundament steht. So sind die Kapazitäten der Unternehmen im Euroraum nahezu ausgelastet, und weitere Investitionen in Ausrüstungen und Bauten sind geplant. Zudem zeigt sich das internationale Geschäftsklima nach guten Nachrichten zum US-amerikanischen Wachstum und Konsum freundlicher.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

**TransportmarktBarometer: Schienengüterverkehr im Höhenflug**

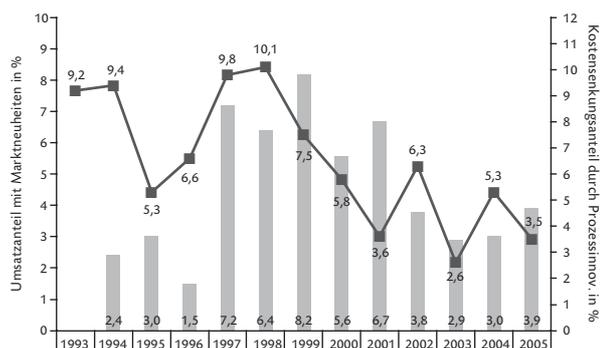


Quelle: ZEW

Laut Statistischem Bundesamt wuchs der Schienengüterverkehr im Jahr 2006 von allen Verkehrsträgern am stärksten und überschritt erstmals die Marke von 100 Milliarden Tonnen-km. Das TransportmarktBarometer von ProgTrans/ZEW zeigt bereits seit dem dritten Quartal 2005 eine derart positive Entwicklung auf. Die Anzahl der Experten, die mit zunehmendem Aufkommen rechnen, steigt seither kontinuierlich. Im vierten Quartal 2006 sind es mehr als 50 Prozent, die einen Aufkommenszuwachs im ersten Halbjahr 2007 erwarten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung im Jahr 2007 anhält.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

**Chemie und Pharma: Kosten senken durch Prozessinnovationen**



Quelle: ZEW

In der Chemie-, Pharma- und Mineralölindustrie sind 2005 aufgrund von Prozessinnovationen die durchschnittlichen Stückkosten um 3,5 Prozent gesunken, abermals deutlich weniger als in den 1990er Jahren, als die Kostensenkungsanteile bis zu 10 Prozent betragen. Die geringeren Einsparungserfolge der vergangenen Jahre hängen mit den gestiegenen Rohstoffkosten zusammen, die Effizienzgewinne der Unternehmen neutralisieren. Der Umsatzanteil mit Marktneuheiten ist hingegen leicht auf 3,9 Prozent gestiegen. Grund für den dennoch niedrigen Wert sind die langen Produktlebenszyklen in der Chemie- und Pharmaindustrie.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

## STANDPUNKT



## Kohle

Der „Kohlekompromiss“ vom 7. Februar 2007 hinterlässt einen skeptischen Eindruck. Die „Eckpunkte einer kohlepolitischen Verständigung“ stellen zwar in Aussicht, die subventionierte Förderung der Steinkohle in

Deutschland zum Ende des Jahres 2018 „sozialverträglich“ zu beenden. Aber im Jahr 2012 – ein Jahr vor der übernächsten Bundestagswahl – soll der Deutsche Bundestag überprüfen, ob der Steinkohleabbau unter der Beachtung der Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit, der Sicherung der Energieversorgung sowie der „übrigen energiepolitischen Ziele“ weiterhin Subventionen empfangen soll. Damit ist letztlich alles wieder offen und die Wahlkampfstrategen können sich an die Arbeit machen. Dann wird nämlich „politisch“ entschieden.

Dabei handelt es sich um immense Summen. Jährlich belaufen sich die Subventionen für den Steinkohlebergbau auf rund 2,5 Milliarden Euro, das sind größenordnungsmäßig rund 70.000 Euro je Beschäftigten, also wesentlich mehr als das in diesem Wirtschaftszweig gezahlte Arbeitsentgelt und etwa das Zehnfache dessen, was in Deutschland jährlich je Schüler und Student staatlicherseits ausgegeben wird.

Beweispflichtig für den volkswirtschaftlichen Nutzen von Subventionen sind immer ihre Befürworter. Diese Binsenweisheit spielte in der Diskussion der letzten Monate eine untergeordnete Rolle, wohl auch deshalb, weil die Argumente für eine Subventionierung der Steinkohleförderung alles andere als stichhaltig sind, worauf der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits seit etwa einem Vierteljahrhundert aufmerksam macht und der „Kronberger Kreis“ vor einem Jahr in einem umfangreichen Gutachten erneut hingewiesen hat.

Weder aus der in den Eckpunkten genannten Perspektive der Wirtschaftlichkeit noch aus der einer sicheren Energieversorgung sind die Fördersubventionen zu rechtfertigen. Steinkohle ist auf den Weltmärkten zu weitaus niedrigeren Preisen, nämlich rund einem Drittel, im Vergleich zu den heimischen Förderkosten erhältlich. Daran wird sich wegen der

geologischen Unterschiede zwischen den Fördergebieten in Deutschland und bei anderen Kohleproduzenten wenig ändern. Das vielfach beschworene Risiko von Lieferengpässen – mitunter werden regelrechte Kolossalgemälde eines drohenden Niedergangs der heimischen Industrie angefertigt – kann nicht überzeugen, weil Importkohle aus einer Vielzahl von Ländern erhältlich ist. Überdies kann eine strategische Reserve aus Importkohle aufgebaut werden, deren Kosten deutlich geringer als die gegenwärtigen Subventionen wären. Unverständlich ist vor diesem Hintergrund der von Seiten der Politik propagierte Erhalt eines „Sockelbergbaus“. Welche Funktion sollte er angesichts seiner geringen Bedeutung haben?

Als Rechtfertigung für Subventionen wird des Weiteren vorgebracht, heimische Bergwerke seien zur Entwicklung, Erprobung und Vorführung von Bergbautechnik erforderlich, die dann erfolgreich in andere Länder exportiert werde. Das mag zutreffen, aber dann sollten die exportierenden Unternehmen den nötigen Bergbaubetrieb finanzieren. Wenn dadurch die Kosten in einem unwirtschaftlichen Umfang ansteigen, dann lohnen sich die Produktion und der Export gesamtwirtschaftlich ebenfalls nicht.

Wie könnte es anders sein, zur Verteidigung der Subventionen muss schließlich das Arbeitsplatzargument erhalten. Damit lassen sich praktisch alle Subventionen verteidigen, wobei beim Steinkohlebergbau das Missverhältnis zwischen Beschäftigungseffekt und, wie oben dargestellt, Subventionsvolumen besonders krass ist. Da der Steinkohlebergbau außerdem die hervorragende Ausbildung seiner Bergleute rühmt, dürften eine Reihe dieser Fachkräfte leicht in andere Wirtschaftszweige wechseln, wo sie dringend benötigt werden.

Verbleiben dem Deutschen Bundestag im Jahr 2012 mithin nur noch die „übrigen energiepolitischen Ziele“, falls er die Subventionszahlungen gleichwohl verlängern will. Keine Sorge: Da wird sich schon etwas Passendes finden.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [voss@zew.de](mailto:voss@zew.de)

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007